

Neue touristische Basis für das Prättigau

Die Prättigau Tourismus GmbH hat in eineinhalb Jahren ausgedient. Das ist auch eine Folge des abgelehnten Naturparks.

von Béla Zier

Die 2007 gegründete Prättigau Tourismus GmbH wird noch bis Ende April 2023 in ihrer bestehenden Form weitergeführt, dann ist Schluss. Das teilte die Region Prättigau/Davos am Montag mit. Auf dieses Vorgehen hätten sich die Präsidentinnen und Präsidenten der sieben verbliebenen Gesellschaftergemeinden (Conters, Grüşch, Fideris, Furna, Jenaz, Luzein, Seewis) auf Antrag der Geschäftsführung der Prättigauer Marketingorganisation verständigt. Touristisch soll es danach nahtlos weitergehen. Irgendwie.

Zusammen mit den weiteren Gemeindepräsidenten aus Schiers, Küblis, Klosters und Davos sei einstimmig beschlossen worden, im Auftrag der gesamten Region eine Anschlusslösung erarbeiten zu lassen, heisst es in der Mitteilung. Gemäss dieser wurde das Institut für Tourismus und Freizeit der in Chur ansässigen Fachhochschule Graubünden damit beauftragt, bis nächsten Frühsommer Grundlagen vorzulegen, damit die Gemeinden im Herbst 2022 die notwendigen Beschlüsse fassen können. Dass jetzt nach einem neuen organisatorischen Tourismusmodell für das Prättigau gesucht wird, erfolgt keineswegs überraschend.

Kein überraschender Schritt

Es ist kein Zufall, dass der Betrieb der Prättigau Tourismus GmbH in der bestehenden Form per 30. April 2023 beendet werden soll. Genau bis zu diesem Datum ist die Finanzierung der Marketingorganisation durch die sieben Trägergemeinden noch gesichert. Zum Beschluss, organisatorisch ein neues Kapitel aufzuschlagen, haben mehrere Gründe geführt.

Seit Gründung kam an der Prättigau Tourismus GmbH gemeindeseitig wiederholt Kritik an deren Kosten-Nutzen-Effekt auf. Dies führte 2020 dazu, dass sich das Schierser Stimmvolk gegen eine weitere Mitfinanzierung aussprach und einen Kredit für die Geschäftsjahre 2020/21, 2021/22 und 2022/23 mit 267:231 Stimmen ablehnte.



Harter Abstimmungskampf: Die Prättigau Tourismus GmbH hätte Teil des abgelehnten Naturparks Rätikon werden sollen.

Bild Olivia Aebli-Item



«Es wird keine Organisation von Wiesen bis nach Seewis geben.»

Georg Fromm
Regionalentwickler Prättigau/Davos

te. Damit fehlten der Marketingorganisation auf einen Schlag rund 80 000 Franken jährlich. Seit dem Austritt der Gemeinde Schiers sei die Organisation «angezählt», ist in der Mitteilung zur nun in Gang gesetzten Suche nach einer Anschlusslösung festgehalten. Folgenreich war dann schliesslich das geschlossene Nein aller zehn Prättigauer Gemeinden zum internationalen Naturpark Rätikon, denn Prättigau Tourismus hätte Teil dieses vielversprechenden Zukunftsprojekts werden sollen. (Ausgabe vom 8. März 2021) Kurz nach diesen Abstimmungen hatte die Marketingorganisation mitgeteilt: «Damit stellt sich auch die Frage, wie es mit Prättigau Tourismus weitergeht.» Im selben Kommuniké war festgehalten, dass die Vorstandsmitglieder mit den Gemeinden Gespräche über die Vor-

stellungen zur Tourismuszukunft im Prättigau führen werden, man sich «für die Umsetzung eines allfälligen neuen Modells» aber nicht in der Verantwortung sehe, sondern die Gemeinden über die Regionalentwicklung den «Rahmen setzen sollten». Dieser Schritt ist nun erfolgt.

Keine einfache Lösungsfindung

Die Gemeinden seien «je länger je weniger hinter» der Marketingorganisation gestanden, sagte Ernst Flütsch auf Anfrage. Der Vorsitzende der Geschäftsführung von Prättigau Tourismus geht zwar davon aus, dass es sehr schwierig sein wird, eine neue Lösung zu finden, aber: «Es muss überhaupt nicht kompliziert werden, denn wenn es kompliziert wird, wird es schwierig. Man muss das in einfachen, verständlichen Schritten angehen.» Flütsch be-

stätigte, dass er bis Ende April 2023 auf seinem Posten bleiben werde.

Aus regionaler Sicht sei eine Tourismusorganisation «zwingend», ist Georg Fromm überzeugt. Der Regionalentwickler Prättigau/Davos hielt fest: «Einzellösungen bringen überhaupt nichts, wir haben gesamtregional eine touristische Abhängigkeit.» Zu einem in der Vergangenheit diskutierten Anschluss an die Destination Davos Klosters meinte Fromm, dass es nun Kooperationsformen zu eruieren gelte, «aber es wird keine Organisation von Wiesen bis nach Seewis geben». Die Kosten für die dem Institut für Tourismus und Freizeit übertragene Arbeit am Zukunftsszenario belaufen sich laut Fromm auf 28 000 Franken und werden hälftig durch die Region Prättigau/Davos sowie den Kanton Graubünden und den Bund getragen.

Italienisch ist vorwiegend auf dem Papier geschützt

Von Gesetzes wegen ist Italienisch eine der am besten geschützten nationalen Minderheitensprachen der Welt. In der Praxis sieht es etwas anders aus, wie ein vom Forum zum Schutz der italienischen Sprache in der Schweiz in Auftrag gegebener Bericht zeigt.

von Tania Buri, Alexa Clemenz Berger und Thomas Paul

Die Mehrheit der Italienischsprechenden (rund 53 Prozent) lebt ausserhalb der italienischen Schweiz und befindet sich somit in einer Minderheitssituation ohne besonderen Schutz. Sie bilden eine fragmentierte und übergreifende Gemeinschaft, die nur durch die Sprache geeint ist, stellt der Bericht «Die Position des Italienischen in der Schweiz» fest. In Auftrag gegeben worden ist der Bericht vom Forum zum Schutz der italienischen Sprache in der Schweiz (Forum per l'italiano in Svizzera). Verfasst wurde er vom Sprachobservatorium der italienischen Schweiz (OLSI), der Fachhochschule der Südschweiz (SUPSI-DFA), in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Graubünden. Der Bericht umfasst den Zeitraum von 2012 bis 2020.

Neben Italienisch als Hauptsprache (8,4 Prozent) geben weitere 33 Prozent

der Schweizer Bevölkerung an, Italienisch auf verschiedenen Niveaus teilweise zu beherrschen (Zweitsprache). Dieses zweisprachige Repertoire sei ein weiterer wesentlicher Bestandteil und ein Potenzial für die Aufrechterhaltung und Verbreitung von Italienisch weltweit, stellt der Bericht fest.

Die Bedeutung der Medien

Nicht überraschend spielen das Lesen und die Nutzung von Radio, Fernsehen und Internet eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der italienischen Sprachkenntnisse ausserhalb des Territoriums. Dies gilt laut der Untersuchung insbesondere für diejenigen, die Italienisch als Hauptsprache haben.

Was den Italienischunterricht in der Schweiz betrifft, so wird Italienisch in der obligatorischen Schule mit Ausnahme der Kantone Graubünden und Uri erst ab der Sekundarstufe angeboten. Dann steht es Schülerinnen und Schülern in den meisten Kantonen als

Freifach und in einigen wenigen Kantonen als Wahlfach offen.

Landessprachen im Nachteil

Englisch ist in vielen Kantonen zur zweiten obligatorischen Unterrichtssprache geworden, zum Nachteil der Landessprachen, wie der Bericht festhält. Die Zahl der italienischsprachigen Schüler, die nicht auf Italienisch unterrichtet würden, habe gleichzeitig in den letzten Jahren zugenommen.

Mobilitäts- und Sprachausstauschprogramme, einschliesslich Movetia, bieten eine breite Palette von Möglichkeiten zum Lernen und Erlernen der italienischen Sprache. Aber insbesondere beim Austausch von Klassen scheinen laut dem Bericht die anderen Landessprachen gegenüber dem Italienische begünstigt zu sein.

Im Kino dominiert in jeder Sprachregion die Nutzung von Filmen in ihrer eigenen Sprache. Ausserhalb des traditionellen Territoriums werden Filme in italienischer Sprache nur von

einer kleinen Zahl von Personen gesehen.

Nur ein Fünftel der Museen mit überregionaler Ausrichtung, die sich ausserhalb des italienischen Sprachraums befinden, gaben an, dass sie ihre Besucherinnen und Besucher auf Italienisch empfangen. Rund ein Viertel von ihnen verfügt über eine Web-

site, die ganz oder teilweise in italienischer Sprache verfasst ist.

Aus gesetzlicher Sicht stellt der Bericht fest, dass das Italienische eine der am besten geschützten nationalen Minderheitensprachen der Welt ist. Bei der Umsetzung also auch dem tatsächlichen Gebrauch als Amtssprache ergibt sich ein differenziertes Bild.

Italienisch als Amtssprache findet sich, wie der Bericht feststellt, nur in schriftlichen Texten wie Pressemitteilungen, Rechtstexten und Stellenangeboten. In der mündlichen Kommunikation (Parlamentsdebatte 2012 und 2019) sei Italienisch dagegen fast ausschliesslich in Beiträgen von geringem kommunikativem Wert vertreten.

Die Vertretung der italienischsprachigen Sprachgemeinschaft beim Personal der Bundesverwaltung ist, wie der Bericht feststellt, insgesamt gut. Defizite zeigten sich allerdings, wenn man nach Departementen differenziert und auf das obere Lohnsegment fokussiert.

Englisch ist in vielen Kantonen zur zweiten obligatorischen Unterrichtssprache geworden, zum Nachteil der Landessprachen.

Aus dem Bericht «Die Position des Italienischen in der Schweiz»